

Grundsätze einer zukunftsweisenden Politik

Kompetenz ~~statt~~ Parteibuch

Bei der Besetzung von Führungspositionen in Justiz, Verwaltung, öffentlichen Gremien (wie Rundfunkräten etc.), Bildungseinrichtungen und Massenmedien ist ausschließlich auf fachliche Kompetenz und nicht auf das Parteibuch zu achten. STATT Partei hat bereits in der Praxis danach gehandelt (so z.B. bei der Entsendung parteiloser Senatoren während ihrer Regierungsbeteiligung in Hamburg 1993-97).

Volkswille ~~statt~~ Parteiendiktatur

Die Politik darf sich ihrer Verantwortung nicht dadurch entziehen, in dem sie die Verantwortung unkontrollierbaren Gremien überträgt. STATT Partei will, daß der Bürger bei wichtigen Entscheidungen gefragt wird und kämpft für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

Rechtssicherheit ~~statt~~ Behördenwillkür

Bereits Friedrich II. hat gesagt: „Das schlimmste Unrecht, ist das Unrecht, das im Namen des Rechts geschieht. Denn dagegen kann sich kein Mensch wehren.“ Behörden dürfen die Gesetze nicht nach Gutdünken auslegen. Die Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen lassen dieses aber zu. Die Verantwortlichen für Rechtsbrüche müssen persönlich straf-, zivil- und dienstrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Art. 34 und 20 Abs. 3 GG sowie § 839 BGB und StGB §336 (Amtshaftung und Rechtsbeugung) müssen endlich wirksam zur Anwendung gebracht werden.

Demokratie vorleben ~~statt~~ verordnen

Die Abgeordneten von STATT Partei können frei und unabhängig entscheiden – sie werden keinem Fraktionszwang unterworfen. Unsere Mandatsträger werden bei Sachentscheidungen immer auch unabhängige Experten zu Rate ziehen und konstruktiv im Parlament mitarbeiten. Mit der Übernahme eines Regierungsamtes verliert der Abgeordnete von STATT Partei sein Mandat, da es Aufgabe der Abgeordneten ist, die Regierung zu kontrollieren.

Haushaltsdisziplin ~~statt~~ Staatsverschuldung

Die Parlamentsparteien erlegen dem Bürger immer höhere und neue Steuern auf. Andererseits geben sie mehr Geld aus, als sie einnehmen. Da die Opposition ein Teil der politischen Klasse ist, kontrolliert sie die Regierung nur bedingt. STATT Partei will den Straftatbestand der Steuergeldverschwendung einführen, damit die Verschwendung von Steuergeldern ein Ende hat. Die Rechnungsprüfungshöfe müssen ein Klagerecht erhalten, damit das Gesetz wirken kann.

Transparenz ~~statt~~ selbstherrlicher Funktionäre

Die Einhaltung demokratischer Grundsätze ist in den Parteien konsequent durchzusetzen, damit die Mitglieder auch echte Beteiligungsmöglichkeiten haben. Schluß mit Postenschacher, geheimen Absprachen, Lobbyismus und Parteienfilz. Alle Aktivitäten in den Parteien müssen für die Bürger nachvollziehbar sein. Parteimitglieder müssen wissen dürfen, wer außer ihnen noch Parteimitglied ist.

Zukunftsorientiertes Handeln ~~statt~~ kurzfristiges Konsumdenken

Die Verantwortung für nachfolgende Generationen verpflichtet uns, sorgsam mit unseren Ressourcen umzugehen. Die Rentenkassen dürfen nicht geplündert, der Staatshaushalt nicht überschuldet werden. Die Wirtschaft sollte die ökologische und soziale Verträglichkeit stärker berücksichtigen, statt oftmals sinnlosen Raubbau zu betreiben. Deutschland sollte einen angemessenen Platz in der Weltgemeinschaft einnehmen und für eine Friedenssicherung durch zivile Mittel und vertrauensbildende Maßnahmen statt durch Kriegseinsätze streiten.

Moral und Gewissen ~~statt~~ Ideologischer Blindheit

Die Bereitschaft, Vorhandenes, Überkommenes in Frage zu stellen, neue Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen, sowie voneinander zu lernen, ist Voraussetzung für ideologiefreie Politik. Ehrlichkeit, Offenheit und Dialogbereitschaft bei gegenseitiger Achtung vor dem anderen sind Voraussetzung jeder ernsthaften politischen Arbeiten.

Eigenverantwortung ~~statt~~ Bevormundung

Die Bereitschaft für sich und seine Familie selbst Verantwortung zu tragen, ist die Voraussetzung der inneren Unabhängigkeit des deutschen Staatsbürgers. Unabhängigkeit schützt vor Bevormundung. Wer denken läßt, anstatt es selbst zu versuchen; wer nach Hilfe schreit, anstatt zunächst zu versuchen, sich selbst zu helfen; wer auch auf Fürsorge des Staates vertraut, wenn er selbst vorsorgen kann; wer die öffentlichen Angelegenheiten anderen überlässt, anstatt sich politisch zu betätigen; wer sich also passiv statt aktiv verhält, der muß sich nicht wundern, wenn er in die Abhängigkeit gerät.